

metallnachrichten

» Eine Information für die Beschäftigten in Baden-Württemberg

www.bw.igm.de

Nr. 11 / 22. November 2010

13. November 2010 - 45.000 Menschen bei Kundgebung in Stuttgart fordern:

Kurswechsel für mehr Gerechtigkeit

Es war eine machtvolle Kundgebung: Mehr als 45.000 Menschen sind den Aufrufen der Gewerkschaften gefolgt und haben am 13. November auf dem Stuttgarter Schlossplatz gegen die Politik der Bundesregierung demonstriert. Bundesweit sind über 100.000 Teilnehmer zu mehreren Kundgebungen gekommen.

Der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber hat in Stuttgart die Beeinflussung von Politik durch Wirtschaftsinteressen scharf kritisiert. »Wir wollen keine Republik, in der mächtige Interessengruppen mit ihrem Geld, mit ihrer Macht und mit ihrem Einfluss die Richtlinien der Politik bestimmen.« Die Menschen wollten keine Sparpolitik, die den Sozialstaat zerstöre und sich dem Diktat des Profits unterordne. Nicht der Shareholder Value, sondern die Interessen und Bedürfnisse der Menschen müssten Maßstab

für Politik und wirtschaftliches Handeln sein.

Zynisch wird die Zukunft der Jugend verspielt

Huber forderte einen grundlegenden Kurswechsel in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Dazu gehöre sowohl die Regulierung der Finanzmärkte, als auch die Verbesserung der Zukunftschancen der Jugend. Es verhöhne das Sozialstaatsgebot, sei fahrlässig und verantwortungslos, wie zynisch Unternehmen und Politik die Zukunft der jungen Ge-



Der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber in Stuttgart

neration verspielten, kritisierte Huber. Bildung sei längst wieder zur Klassenfrage geworden. Huber forderte Wirtschaft und Politik auf, mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen und in Bildung zu investieren.

Arbeitgeber missbrauchen Aufschwung

Den Arbeitgebern warf er vor, den Aufschwung zu missbrauchen, um eine Zweiklassengesellschaft in den Betrieben zu etablieren. »Das werden wir nicht akzeptieren.« Die Bundesregierung müsse dem Missbrauch von Leiharbeit endlich Einhalt gebieten.

Auch der Rente mit 67 erteilte der Gewerkschaftsvorsitzende eine klare Abfuhr. Wer die Menschen noch länger in der Tretmühle einsperren wolle, habe keinen Respekt vor der harten Arbeit und der Lebensleistung der Menschen. »Die Rente mit 67 muss weg« forderte Huber.

Es geht weiter

Wer einen Kurswechsel wolle, brauche einen langen Atem, betonte Huber. »Kapital, Finanzspekulant und deren politische Unterstützer wollen, dass alles so weiterläuft wie bisher. Mit denen müssen wir uns auseinandersetzen, auch über den Tag hinaus.«



Am Vorabend der Kundgebung: IG Metall-Jugend zieht vor die Parteizentrale der CDU in Stuttgart und bringt das Sparpaket zurück.



Gut 30 Kolleginnen und Kollegen von Iveco in Ulm sind mit dem Bus nach Berlin gekommen. Sie sagen: »Wir wollen euer Sparpaket nicht haben!«



Klares Votum gegen die Politik der Regierung: Sparpaket geht mit über 150.000 Unterschriften aus dem Ländle zurück an Absender

»Gerechtigkeit sieht anders aus, Frau Merkel«

Wenige Tage nach dem bundesweiten Protest gegen die Regierungspolitik haben 250 Gewerkschafter hunderte prall gefüllte Sparpakete zurück zum Absender gebracht. Ziel war die Regierungszentrale in Berlin: Das Bundeskanzleramt.



Bezirksleiter Jörg Hofmann bei der Paketübergabe in Berlin

sagte der baden-württembergische IG Metall Bezirksleiter Jörg Hofmann. »Mehr als 150.000 Unterschriften aus dem Bezirk in gut zwei Wochen zu sammeln, ist Ausdruck einer massiven Unzufriedenheit der Bevölkerung.«

Auch DGB-Chef Sommer war dabei

Neben Metallern aus Baden-Württemberg haben sich außerdem Gewerkschafter der IG Metall NRW, der Verwaltungsstelle Berlin, der IG BAU, der NGG und der Gewerkschaft ver.di an der Aktion beteiligt.

Auch der Vorsitzende des DGB, Michael Sommer, schaute bei den Gewerkschaftern vorbei.

Regierung hat sich weit vom Volk entfernt

Für Ärger sorgte alleine die Regierung: Sie wollte die Sparpakete nicht offiziell annehmen. Man wolle die Bilder nicht haben, verlautete es gleich lautend aus dem Kanzleramt, dem Arbeitsministerium und dem Finanzministerium. Hofmann fand deutliche Worte für das Verhalten der Regierung: »Muss man erst Vorstandsvorsitzender einer Großbank oder Besitzer einer Hotelkette sein, um von dieser Regierung gehört zu werden?« Deshalb werde weiter Krach gemacht, denn »feige wegducken darf sich die Regierung nicht.«

Über 250 Gewerkschafter waren zum Regierungssitz nach Berlin gekommen, um der Regierung das zurückzugeben, was diese ihnen aufladen will: Das Sparpaket. In einem Sattelschlepper hatten sie von Stuttgart aus über 600 Sparpakete nach Berlin gebracht, gefüllt mit Unterschriften gegen die Politik von Schwarz-Gelb.

Massiver Ausdruck von Unzufriedenheit

Das sei ein klares Votum gegen die Politik der Bundesregierung,

Impressum: IG Metall Bezirksleitung Baden-Württemberg, Stuttgarter Straße 23, 70469 Stuttgart, Verantwortlich: Jörg Hofmann, Telefon (0714) 16581-0, Fax (0714) 16581-30, Fotos: Graffiti und IG Metall; E-Mail: bezirk.baden-wuerttemberg@igmetall.de, Internet: www.bw.igmetall.de; Druck: apm in Darmstadt

